Beratungsvorlage VTS/088/2011

Amt: Haupt- und Personalamt

Beratungsfolge	Sitzung am	Status	Ergebnis
Ausschuss für Verwaltung, Tourismus und Soziales	06.12.2011	N - Vorberatung	
Gemeinderat	13.12.2011	Ö - Beschlussfassung	

Bürgerversammlung über Finanzierungs- und Einsparmöglichkeiten für die künftige städtische Haushaltspolitik

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt die dargestellten Beispiele zur Aufstellung eines Bürgerhaushaltes zur Kenntnis. Aufgrund der Ergebnisse soll eine solche Bürgerversammlung über Finanzierungs- und Einsparmöglichkeiten nicht durchgeführt werden. Auch die Ergebnisse der Einbindung der Bürger über das Internet sind nicht erfolgversprechend und sehr kostenintensiv. Deshalb sollen in diesem Bereich zunächst weitere Erfahrungen von Kommunen eingeholt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Thema Bürgerbeteiligung bei Projekten auszubauen und für das Jahr 2012 eine Bürgerversammlung zu relevanten Themen vorzubereiten. Dabei sind die Ergebnisse der Klausurtagung besonders zu beachten.

Finanzielle Auswirkungen: Ja Nein

Gesamtkosten: können noch nicht genau beziffert werden Euro

Finanzierung:

Verwaltungshaushalt 2011
Haushaltsstelle: Euro

Vermögenshaushalt 2011
Haushaltsstelle: Euro

Stadt Freudenstadt
Amt: Haupt- und Personalamt

Beratungsvorlage VTS/088/2011

Sachverhalt:

Die FWV-Fraktion hat im Rahmen der Haushaltsberatungen 2011 eine Bürgerversammlung nach § 20a Gemeindeordnung (GemO) beantragt. Thema sollen mögliche Finanzierungs- und Einsparmöglichkeiten für die künftige städtische Haushaltspolitik sein. Dazu wird auch eine Ideenbörse im Internet angeregt (siehe Anlage).

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 01.03.2011 beschlossen, dass die Verwaltung Möglichkeiten zur Beteiligung der Bürger an den Zielen der künftigen Haushaltspolitik in einer Bürgerversammlung prüft und vorbereitet.

Im Sachverhalt der Vorlage zu dem Beschluss des Gemeinderats (Beratungsvorlage GR 011/2011) wird unter anderem ausgeführt, dass Grundlage der Vorbereitungen der Verwaltung das Ergebnis der Klausurtagung des Gemeinderats über die künftige strategische Ausrichtung der Stadt Freudenstadt ist.

Die Klausurtagung hat am 14. und 15. Oktober 2011 stattgefunden. Die Verwaltung bereitet die Ergebnisse derzeit auf. Der Gemeinderat wird in der ersten Jahreshälfte 2012 über die Maßnahmen zur Umsetzung der Ergebnisse entscheiden.

Die Verwaltung hat die Erfahrungen anderer Kommunen mit der Beteiligung von Bürgern an den Haushaltsplanungen geprüft.

Allgemeines:

Die Bundeszentrale für politische Bildung unterhält seit 2007 die Internetplattform buergerhaushalt.org. 207 Kommunen deutschlandweit interessieren sich für die Beteiligung von Bürgern am Haushalt ihrer Gemeinde oder haben schon Erfahrungen damit gemacht. In Baden-Württemberg sind es 20 Städte und Gemeinden.

Von den 207 diskutieren noch 107 Kommunen über die Möglichkeit. Der Beschluss des Gemeinderats steht noch aus. 55 Gemeinden haben die Bürgerbeteiligung zum 1. oder 2. Mal durchgeführt. Bei 10 Kommunen zeichnet sich ab, dass die Beteiligung der Bürger ein fester und dauerhafter Bestandteil des Haushaltsplanverfahrens werden könnte. 6 Gemeinden führen nach der Einführung keine Bürgerinformationsveranstaltungen zum Haushalt mehr durch.

Erfahrungen von Kommunen aus Baden-Württemberg
(Quelle u.a. Ausgabe 23/2011 des Staatsanzeigers für Baden-Württemberg)

„Vorreiter“ bei der Bürgerbeteiligung am Haushalt war die Stadt Mönchsweiler (Schwarzwald-Baar-Kreis). Sie führte das Verfahren bereits 1998 ein. Die Stadt hat die Bürgerbeteiligung nach erfolgreicher Einführungen mangels Beteiligung zwischenzeitlich wieder eingestellt. Aus demselben Grund sieht auch die Stadt Rheinstetten von einer Bürgerbeteiligung am Haushalt ab. Auch die Stadt Esslingen stoppte 2004 mangels Beteiligung das Projekt.

Die Stadt Freiburg hat zum Doppelhaushalt 2009/2010 erstmals ihre Bürger in einem umfangreichen Verfahren an den Haushaltsplanungen beteiligt (Gesamtkosten rund 680.000 Euro). Hauptbestandteil war unter anderem die sog. Stadtkonferenz (Bürgerversammlung). Bei den Vorbereitungen für den Doppelhaushalt 2011/2012 hat die Stadt Freiburg von der Bürgerversammlung abgesehen. An der Stadtkonferenz nahmen die Bürger nicht in dem gehofften Maß teil. Interesse zeigten lediglich Bürger, die bereits kommunalpoltisch aktiv

sind. Die Stadt Freiburg beteiligt weiterhin ihre Bürger über Onlinebefragungen und Fragebögen an den Vorbereitungen für den Haushalt 2013/204 (beteiligungshaushalt-freiburg.de). Die Gesamtkosten für die Befragungen incl. Auswertung liegen bei rund 40.000 Euro (incl. Personal).

Die Stadt Tübingen hat 2010 ihre Bürger zum ersten Mal an den Vorbereitungen für den Haushaltplan 2011 beteiligt (Befragung). Nach einem Bericht der Schwäbischen Zeitung vom 06.11.2010 waren die Reaktionen bzw. die Ergebnisse der insgesamt 400 ausgefüllten Fragebögen eher verhalten („Wirklich ans Eingemachte trauen sich die Tübinger nicht. Die harten Entscheidungen muss am Ende der Gemeinderat fällen"). Die Stadt hatte insgesamt 1000 ausgewählte Tübinger angeschrieben.

In Horb haben die Bürger seit dem Frühjahr 2011 die Möglichkeit, auf der Internet-Plattform www.horber-haushalt.de über Einsparmöglichkeiten zu diskutieren. Grundlage sind der Haushaltsansatz 2010 und das Rechnungsergebnis 2010. Die Bürger können Maßnahmen zur Reduzierung des Defizits vorschlagen. Die Entscheidung über die Weiterverfolgung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung per Internet trifft die Haushaltsstrukturkommission. Die Beteiligung mit 80 Bürgern lag unter den Erwartungen der Stadt Horb. Die Erstellung der Internetseite kostete 11.000 Euro.

Fazit

Die Kommunalen Spitzenverbände Städte- und Gemeindetag Baden-Württemberg begrüßen grundsätzlich die Beteiligung der Bürger. Bereits in der GT-Mitteilung vom 05.02.2001 hat der Gemeindetag – auch im Hinblick auf die Erfahrungen der Kommunen anderer Bundesländer mit Bürgerhaushalten – hingewiesen, dass sich die Kommunen eher auf eine Beteiligung der Bürger an konkreten Projekten aus dem Investitionsbereich konzentrieren sollten anstelle an den Vorbereitungen für den gesamten Haushalt. Denkbar sind dabei Maßnahmen, die für die gesamte Stadt wichtig sind ebenso wie Projekte in den Ortsteilen.

Auch die Stadt Freiburg teilt im Übrigen die Erfahrung, dass die Beteiligung der Bürger umso intensiver ist, je enger der Bezug zum Alltag ist.

Die Verwaltung schlägt dem Gemeinderat vor, von der Beteiligung der Bürger an den Vorbereitungen für den Haushalt abzusehen. Stattdessen konzentriert sich die Stadt bei der Bürgerbeteiligung (Bürgerversammlung) auf konkrete Projekte aus dem Investitionsbereich, die für die Stadt insgesamt bzw. für die Ortsteile wichtig sind. Die Verwaltung wird dem Gemeinderat konkrete Projekte für die Bürgerbeteiligungen im Haushaltsjahr 2012 vorschlagen - insbesondere auch im Hinblick auf die Ergebnisse der Klausurtagung des Gemeinderats am 14. und 15. Oktober 2011.

Hinweis

Die Verwaltung hat bereits in den vergangenen Jahren betroffene Bürger über Informationsveranstaltungen bzw. Bürgerversammlungen an Projekten beteiligt (z.B. Infoveranstaltungen Christophstal 2010, bei verschiedenen Bebauungsplanverfahren, für die Ortschaftsräte an der Aufstellung des Haushaltplans seit 2009).

Anlagen:

Antrag Nr. 1 FWV-Fraktion